

## Mit Washington gegen ALBA USA geben deutschen Stiftungen den Vortritt

Die militärische, wirtschaftliche und politische Schwäche der USA zeigt sich unter anderem darin, dass Washington die konterrevolutionäre Arbeit seiner Entwicklungshilfeagentur USAID in Venezuela im Februar 2011 beenden musste. Zu offensichtlich war die Unterstützung der US-Einrichtung für die Opposition, die auch vor Gewalt und Putsch nicht zurückgeschreckt hat, um den demokratisch legitimierte Präsidenten Hugo Chávez aus dem Amt zu vertreiben. Der Comandante der Bolivarianischen Revolution und seine Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) reagierten auf die US-Einmischung unter anderem mit einem Gesetz, das die Zusammenarbeit inländischer Parteien mit dem Ausland reguliert und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland verbietet. Der Rückzug der USAID aus Venezuela bedeutet für die Verteidiger des dortigen Transformationsprozesses eine gewonnene Schlacht, aber der Krieg um Souveränität und Selbstbestimmung geht weiter.

Dass die USA dieses Feld räumen, heißt nicht, dass sie es ihren Feinden überlassen, sondern dass sie ihre Verbündeten nachrücken lassen werden. Im vorliegenden Fall sind das die parteinahen Stiftungen der Bundesrepublik Deutschland. In ihrem Bericht über die Arbeit westlicher Einrichtungen gegen Chávez hob die spanische FRIDE-Stiftung 2010 besonders die Effizienz deutscher Institutionen vor. Mit ihnen will Washington zusammenarbeiten, um die verlorene Kontrolle über das Gebiet zurückzugewinnen, das die USA weiterhin als ihren „Hinterhof“ ansehen.

Der Begriff „Stiftung“ bezieht sich auf ein bestimmtes Vereinsmodell in Deutschland. So gibt es die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die die Bundesregierung berät. Darüber hinaus verfügt jede der sechs im Bundestag vertretenen Parteien über eine Stiftung, die ihrer Ideologie „nahesteht“. Nach dem üblichen „Links-Rechts“-Schema ergibt sich folgendes Bild:

Partei	Stiftung	Ausrichtung	Zuschüsse 2009
CSU (Christlich-Soziale Union)	Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	rechts	9,8 Mio. Euro
CDU (Christlich-Demokratische Union)	Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	rechts	28 Mio. Euro
FDP (Freiheitlich Demokratische Partei)	Friedrich Naumann Stiftung (FNS)	Mitte rechts	9,8 Mio. Euro
SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	Mitte	31 Mio. Euro
Bündnis 90/Grüne	Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)	Mitte	9,8 Mio. Euro
Die Linke	Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)	links	6,6 Mio. Euro

Ihre Hauptaufgabe liegt in der Fortbildung der Kader und Mitglieder der Mutterpartei. Die vom Gesetz geforderte „Unabhängigkeit“ von der ihr „nahestehenden“

Partei ist relativ, weil es der Bundestag ist, der über die Zuschüsse entscheidet, die die Stiftungen seitens des Staates erhalten.

Diese Einnahmen machen etwa 90 Prozent des jeweiligen Stiftungsetats aus. Eine weitere Finanzierungsquelle sind das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Letzteres hat 216 Millionen Euro für konkrete Projekte (2010-2012) eingeplant. Aus diesem Grund pflegen die Stiftungen einen engen Kontakt untereinander und mit den beiden Ministerien.

Aber: „Sie sind weder ‚Instrumente‘ noch ‚Akteure‘ der Außenpolitik – sie sind beides in einem“, stellt die Politologin und Stiftungsexpertin Swetlana W. Pogorelskaja fest.

Sie kommen in den Bereichen zum Einsatz, wo die deutsche Diplomatie nicht handeln kann oder will. So waren es 1973 deutsche Parlamentarier, die Bargeld nach Chile brachten, um die Opposition zu finanzieren, die sich für den von der CIA geplanten Staatsstreich gegen Salvador Allende vorbereitete. Parallel dazu trug Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) Washingtons Wirtschaftsblockade gegen Santiago de Chile mit.

In weiteren Ländern der Region zogen die deutschen Stiftungen es vor, diskreter zu operieren. Aber ihre systematische Zusammenarbeit mit den Schwesterparteien ist im Niedergang begriffen, seit 1998 Chávez die Präsidentschaftswahlen in Venezuela gewann. In der Folge haben die traditionellen Verbündeten der deutschen Stiftungen in allen ALBA-Staaten kontinuierlich an Bedeutung verloren.

Nur die KAS hat bewusst auf die neue Situation reagiert. Sie hat die Zahl ihrer Partner reduziert und sich neue Alliierte gesucht, wie zum Beispiel Primero Justicia, eine Partei, die 2002 mit gegen Chávez putschte. Außerdem hat sie in Bolivien und Ecuador ihre Arbeit mit indigenen Personen und Organisationen verstärkt, die bestenfalls „kritisch“ zu den Präsidenten Evo Morales beziehungsweise Rafael Correa stehen. Ihre Arbeit in der Region hat die KAS 2007 mit dem International Republican Institute (IRI) in Anwesenheit von Daniel Fisk, dem damaligen Nationalen Sicherheitsberater von US-Präsident George W. Bush, abgestimmt. Darüber hinaus arbeitet sie mit antikubanischen Elementen zusammen, die über eine CIA-Anbindung verfügen.

Auf eine bisher nicht dagewesene Weise hat die liberale FNS ihre Ablehnung des ALBA-Projektes gezeigt, indem sie 2009 Roberto Micheletti vor, während und nach dem Militärputsch gegen den legitimen Präsidenten von Honduras, Manuel Zelaya, half, den sie in Deutschland als einen legalen Akt darstellte. Hier sieht man die doppelte Funktion der Stiftungen: Im Gastland mischen sie sich in die inneren Angelegenheiten ein; daheim besteht ihre Arbeit in der Desinformation, im Absichern von illegalen Aktionen wie der in Honduras und im Voranbringen von Resolutionen, die ALBA-Mitgliedern verurteilen. Die übrigen Stiftungen haben die FNS für ihre Einmischung in Honduras nicht kritisiert, weil ihnen das ein „ungeschriebenes Gesetz“ verbietet.

2010 hat die SWP der Bundesregierung empfohlen, die Arbeit der Stiftungen in Lateinamerika zu erweitern oder zu ergänzen. Diese solle sich auf „demokratische Repräsentationsstrukturen“ und „innerparteiliche und innergesellschaftliche Moderationsprozesse“ konzentrieren. Die SWP nennt als Arbeitsgebiete „den sich anbahnenden Klärungsprozess innerhalb der Linken, die Neuordnung der Rechten und das Entstehen starker grüner Initiativen“.

Jetzt hängt es von jeder Stiftung selbst ab, ob sie ein „Instrument-Akteur“ der deutschen Außenpolitik bleiben will und sich weiter in die inneren Angelegenheiten der ALBA-Staaten einmischt oder ob sie zum Respekt vor dem international verbrieften Selbstbestimmungsrecht der Völker zurückkehrt.

*Ingo Niebel*

*Unser Gastautor ist Journalist, Historiker und Buchautor, Spezialist für Mittel- und Lateinamerika sowie das Baskenland. Zudem ist er Redakteur des geheimdienstkritischen Magazins GEHEIM*